GEMEINDE GÖFIS

6811 GÖFIS, KIRCHSTRASSE 2
TELEFON: +43 5522 72715
E-MAIL: GEMEINDEAMT@GOEFIS.AT
INTERNET: WWW.GOEFIS.AT
DVR: 0095150, UID: ATU 41343300

Sitzungsnummer:
GV/010/25-30

Aktenzahl:
004-01

Datum:
Göfis, 08.09.2026

Niederschrift

über die am 2. Juli 2026, um 20.00 Uhr
in Göfis, Konsumsaal abgehaltene
10. öffentliche Sitzung der Gemeindevertretung von Göfis.

Anwesende

Vorsitz

1. Bgm. Thomas Lampert

Mitglied

2. Matthias Gabriel
3. Markus Ammann
4. DI Christina Connert
5. Ing. Markus Huber
6. Mathias Nussbaumer
7. Martina Breuss
8. Daniel Lindner
9. Raphael Mathis
10. Marcel Erhart
11. Bernhard Kicker
12. Caroline Terzer, MSc.
13. DI Sonja Entner
14. Rudolf Huber
15. Philipp Lampert
16. Michael Prantner
17. Gerhard Wieser
18. Franz Huber — Vertretung für Herrn Mag. Gert Markowski
19. Renate Fischer — Vertretung für Frau Elisabeth Lampert
20. Dagmar Erne — Vertretung für Herrn Klaus Schmid
21. Marion Ebster-Kreuzer — Vertretung für Frau Heidi Lampert
22. Joachim Wiederin — Vertretung für Herrn Helmut Gort

Schriftführung

23. Rudi Malin

Abwesende

Mitglied

24. Mag. Gert Markowski
25. Elisabeth Lampert
26. Ing. Daniel Martin
27. Klaus Schmid
28. Heidi Lampert
29. Margareta Baldessari
30. Helmut Gort

ÜBERSICHT

1 Berichte

1.1 Berichte des Bürgermeisters

1.2 Berichte aus dem Gemeindevorstand

1.3 Berichte aus den Ausschüssen und Projektgruppen

1.4 Bericht aus Verbänden und Regionen

1.5 Termine

2 Grundsatzbeschluss zur weiteren Prüfung und Ausarbeitung der vorgelegten Variante eines reduzierten Angebots im öffentlichen Personennahverkehr für die Gemeinde Göfis als mögliche Grundlage für ein künftiges Gesamtkonzept des ÖPNV.

3 Anpassung der Vereinbarungen mit der Fa. Höfle Bautruck GmbH & Co KG auf Grund des geänderten Projektes "Deponie Sigberg"

4 Wiedervorlage: Anpassungen der Bauleitlinien an den verordneten Bebauungsplan

4.1 Beschlussfassung über den Umgang mit PV-Freiflächen bei Bestandsobjekten

4.2 Beschlussfassung über den Umgang mit Luftwärmepumpen auf Hausdächern bei Bestandsobjekten

4.3 Beschlussfassung der Bauleitlinien

5 Anträge aus Ausschüssen und Projektgruppen

5.1 AS Umwelt und Mobilität: Beschlussfassung der Umweltförderungen

5.2 AS Land- und Forstwirtschaft: Grundsatzbeschluss über die Einleitung einer Projektierung des Hochwasserschutzprojektes "Hochried"

6 Beschlüsse über Ausnahmen nach Raumplanungsgesetz oder dem Bebauungsplan

6.1 Ausnahme nach §35 RPG - Flucher/Müller, GSt.Nr. 3411/1, Etzeacker 12

7 Vorlage einer Anfrage der Initiative SOS Walgau über eine mögliche Durchführung einer Volksbefragung zur geplanten Müllverbrennungsanlage der Ganahl AG (Rondo)

8 Rahmenvereinbarung mit dem Sportclub Göfis über die Nutzung des Sporthaus Hofen

9 Genehmigung der 9. Niederschrift vom 16. April 2026

10 Allfälliges

Änderung der Tagesordnung

Bgm. Thomas Lampert setzt den Tagesordnungspunkt TOP 6.2. *„Ausnahme nach dem Bebauungsplan - Fam. Loretz, GSt.Nr. 3787, Kustergasse 19“* von der Tagesordnung ab, da die Gemeindevertretung nicht das richtige Gremium ist. Die Zuständigkeit fällt in den Bereich des Gemeindevorstandes.

1. Berichte

1.1. Berichte des Bürgermeisters

Biomasse Wärmeversorgung Göfis
Eine Zusammenarbeit mit den Energie- und Wärmeservices der illwerke vkw AG ist derzeit aufgrund fehlender personeller und organisatorischer Kapazitäten nicht möglich. Seitens der illwerke vkw AG wurde jedoch in Aussicht gestellt, dass eine Kooperation in den kommenden ein bis drei Jahren erneut geprüft werden könnte. Die Initiative für eine neuerliche Kontaktaufnahme soll dabei von der Gemeinde ausgehen.

Mach mehr aus deinem Garten
Der eingereichte LEADER-Antrag „Mach mehr aus deinem Garten" wurde als Kleinprojekt genehmigt. Dadurch kann für die Umsetzung eine Förderung in Höhe von 80 % der förderfähigen Kosten in Anspruch genommen werden.

Kraftwerk Futschölbach im Jam
Mit der notariellen Vertragsunterzeichnung am 22. April 2026 in Innsbruck konnte ein wichtiger Meilenstein für das Projekt erreicht werden. Die bisherigen Vorlaufkosten belaufen sich auf rund 63.000 Euro, hinzu kommt noch eine Stammeinlage in Höhe von 8.750 Euro. Der derzeitige Bauzeitplan sieht für das Jahr 2026 die Planungs- und Ausschreibungsphase vor. Im Best-Case-Szenario könnte die Errichtung der Wasserfassung bereits im Herbst 2026 erfolgen. Die Bau- und Ausführungsarbeiten sind für das Jahr 2027 vorgesehen, die Inbetriebnahme der Anlage wird aktuell für das Jahr 2028 angestrebt.
Als Geschäftsführer der Projektgesellschaft fungieren DI Rupert Ebenbichler von der Energieagentur Tirol sowie Ing. Martin Walter, Vizebürgermeister der Gemeinde Galtür.

Projekt Bodenfonds Runggels
Die im Auftrag des Bodenfonds erstellte Projektstudie wurde dem Gemeindevorstand präsentiert und grundsätzlich positiv bewertet. Die weiteren Schritte werden nun in Abstimmung mit dem Bodenfonds festgelegt.

Gemeinnütziger Wohnbau am Pfründeweg
Die Alpenländische Gemeinnützige Wohnbau GmbH ist mittlerweile grundbücherliche Eigentümerin der Liegenschaft Gst.Nr. 473/2 am Pfründeweg. In einer Besprechung wurden bereits die nächsten Schritte für die weitere Projektentwicklung erörtert. Diese soll in enger Abstimmung mit der Projektgruppe *„Leistbares Wohnen"* erfolgen.

1.2. Berichte aus dem Gemeindevorstand

Für den Bauhof wurden Multi-Block-Steine angeschafft, um die betrieblichen Abläufe und Lagermöglichkeiten zu verbessern. Die Sanierung des Illwegs im Bereich Schildried konnte erfolgreich umgesetzt werden. Das dafür benötigte Material stammte aus dem Geschiebebecken und konnte somit ressourcenschonend wiederverwendet werden.
Der Spielplatz der Volksschule Kirchdorf wurde um zusätzliche Spielgeräte erweitert. Eine wesentliche finanzielle Beteiligung erfolgte dabei durch den Elternverein, dem dafür ein besonderer Dank gebührt.
Für den Waldkindergarten „Naturkinder" wurde eine einmalige Förderung beschlossen. Zudem waren beim Biomasseheizwerk verschiedene Instandhaltungsmaßnahmen erforderlich. Dazu zählen die Sanierung des wassergekühlten Einlaufschachtes sowie die Erneuerung der Steuerungstechnik.
Darüber hinaus wurde für den Bauhof ein Stromspeicher mit einer Kapazität von 24 kWh angeschafft. Die Finanzierung erfolgte teilweise über Mittel aus dem Klimacent-Fonds.

1.3. Berichte aus den Ausschüssen und Projektgruppen

Der **Ausschuss Land- und Forstwirtschaft** besichtigte das neue Entlastungsgerinne Hochried/Haldenweg. Für die neue Forstwegeverbindung wurden die erforderlichen Rodungsarbeiten durchgeführt. Die Preise für das Holzlos bleiben auch in diesem Jahr unverändert. Ein weiteres Thema war die Problematik freilaufender Hunde im Wald. Die Bewirtschaftung der Streuewiesen im Schildried wird künftig im Rahmen von Naturausgleichsmaßnahmen von den VKW Illwerken übernommen; im Gegenzug erfolgt die Bekämpfung von Neophyten. Der freiwillige Aktionstag zur Neophytenentfernung war sehr erfolgreich und soll im Herbst wiederholt werden.

Aus dem **Ausschuss Sport und Vereine** wird vom erfolgreichen Obleutetreffen berichtet. Dabei stellte sich der Tischtennisclub vor, zudem gab es einen fachlichen Input zur Ausarbeitung und Umsetzung von Schutzkonzepten in Vereinen. Beim Vereinsservice sind in den kommenden Jahren Erneuerungen und Weiterentwicklungen vorgesehen.

1.4. Bericht aus Verbänden und Regionen

<u>Region Walgau</u>
Im Bereich Pflege und Betreuung wird derzeit an einer stärkeren regionalen Zusammenarbeit gearbeitet. Um die ambulanten Dienste langfristig zu entlasten und die Versorgung im Walgau zu sichern, ist die Schaffung einer neuen organisatorischen Struktur vorgesehen. Der Pflegeprozess soll auf den gesamten Walgau ausgeweitet und gemeinsam mit den Gemeinden sowie den Sozialausschüssen weiterentwickelt werden.

Mit dem Projekt **Klimaresilienz-Check Gesundheit (KLIC)** wurde zudem untersucht, wie gut das Gesundheits- und Pflegesystem auf die Folgen des Klimawandels vorbereitet ist. Dabei wurden Vorschläge und Informationsangebote erarbeitet, um die Bevölkerung insbesondere während Hitzeperioden bestmöglich zu unterstützen.

Im Zuge der **Sozialfonds-Strategie 2030** entsteht die neue **Care-Region Walgau und Großes Walsertal**. Die Regio Im Walgau übernimmt dabei die Trägerschaft für das Care Management, das künftig die regionale Versorgungssteuerung und den Netzwerkaufbau verantwortet. Als zentrale Ansprechpersonen fungieren Vera Ulrich für Pflege und Betreuung sowie Claudia Marte für Gemeinde-Vernetzung, niederschwellige Angebote und Ehrenamt.

Regio Vorderland-Feldkirch

Aufgrund personeller Herausforderungen prüft die Stadt Feldkirch derzeit die zukünftige Organisation der IT-Betreuung und Lohnverrechnung für die Region. Bis Oktober 2026 soll gemeinsam mit der Regio ein Vorschlag für die weitere Vorgehensweise erarbeitet und im Vorstand beraten werden. Für die Gemeinde Göfis ist dabei insbesondere die Lohnverrechnung von Bedeutung.

Beim Thema **Parkraummanagement** laufen in mehreren Gemeinden bereits intensive Diskussionen. Grundlage dafür bildet eine vorhandene Parkraumanalyse. In den kommenden Wochen werden die Gemeinden intern klären, ob sie sich an einem gemeinsamen, ergebnisoffenen Regionalprozess beteiligen möchten. Im Herbst 2026 soll über die Einleitung und Ausgestaltung eines solchen Prozesses entschieden werden.

1.5. Termine

DI	7. Juli	18.00 Uhr	Gemeindeamt	GVO-Sitzung
FR	10. Juli	19.00 Uhr	Bugo-Platz	Bugo Sommer Session – MV Bad Blumau
FR	17. Juli	20.00 Uhr	Alpinarium Galtür	Vortrag „Galtür, Göfis und die Alpe Jam“
DO	17. Sept.	20.00 Uhr	Konsum-Saal	GV-Sitzung
DO	29. Okt.	20.00 Uhr	Konsum-Saal	GV-Sitzung (Gebühren)
DO	17. Dez.	19.00 Uhr	Konsum-Saal	GV-Sitzung (Voranschlag)

2. Grundsatzbeschluss zur weiteren Prüfung und Ausarbeitung der vorgelegten Variante eines reduzierten Angebots im öffentlichen Personennahverkehr für die Gemeinde Göfis als mögliche Grundlage für ein künftiges Gesamtkonzept des ÖPNV.

Der Vorsitzende berichtet über die aktuelle Ausgangslage im öffentlichen Personennahverkehr im Oberen Rheintal. In allen Mitgliedsgemeinden besteht ein erheblicher Kostendruck. Auch die Gemeinde Göfis ist aufgrund der angespannten finanziellen Situation und des bestehenden Spardrucks gefordert, mögliche Maßnahmen zur Kostenreduktion sorgfältig zu prüfen.

Die ursprünglich für das Jahr 2026 vorgesehene Neuausschreibung der Verkehrsdienstleister hätte auf Grundlage der Bestandsfahrpläne mit Stand Dezember 2025 erfolgen sollen. Die bestehenden Verträge wurden jedoch um ein Jahr verlängert,

um vor einer Neuausschreibung zunächst Einsparungspotenziale zu prüfen. Zu diesem Zweck wurde seitens des Verbandes eine Arbeitsgruppe eingerichtet.

Im Zuge der Vorarbeiten wurden Fahrgastzahlen erhoben. Die Erhebung erfolgte unter anderem mittels 3D-Sensoren, welche die Ein- und Ausstiege an den Haltestellen registrieren. Weiters fanden Gespräche mit den beteiligten Gemeinden statt. Der Vorsitzende weist darauf hin, dass eine Ausschreibung erst auf Basis überarbeiteter Fahrpläne erfolgen kann und daher ein entsprechender zeitlicher Handlungsdruck besteht.

Am 9. Juni 2026 wurden die Auslastungen der Linien 480, 481 und 485 vorgestellt. An diesem Termin nahmen Vertreter des Landbus Oberes Rheintal sowie Vertreter der Gemeinde Göfis teil. Dabei wurden verschiedene Optionen erörtert. In weiterer Folge wurde Landbus beauftragt, jene Variante auszuarbeiten, welche das größte Einsparungspotenzial erwarten lässt.

Zusammenfassend wird festgehalten, dass die Linie 481 nur eine geringe Auslastung aufweist und von den Fahrgästen offenbar nicht ausreichend angenommen wird. Die Linie 485 ist auf der Relation Feldkirch–Göfis gut ausgelastet, weist jedoch auf der Relation Göfis–Frastanz eine schlechte bis teilweise kaum vorhandene Auslastung auf. Zudem wurde die Achse Frastanz–Feldkirch im ÖPNV Walgau massiv ausgebaut, wodurch die Verbindung Feldkirch–Göfis–Frastanz an Attraktivität verloren hat.

Als mögliche Lösungsansätze werden insbesondere die Verdichtung der Linie 480 zu Hauptverkehrszeiten, die Einschränkung der Linie 485 auf den Abschnitt Göfis–Frastanz mit Umsteigemöglichkeit zur Linie 480, eine Einschränkung der Linie 485 auf Werktage sowie allenfalls eine saisonale Wochenendführung im Sommer und der Entfall der Linie 481 genannt.

Das dargestellte Einsparungspotenzial beträgt nach derzeitigem Stand rund 17 % bezogen auf Fahrplanmasse, Fahrplankilometer und Fahrplanstunden. Die konkrete unternehmerische und finanzielle Auswirkung hängt jedoch davon ab, wie die Variante im Gesamtkonzept geplant und umgesetzt werden kann. Hinsichtlich der Linie 485 sind weitere Gespräche mit der Marktgemeinde Frastanz erforderlich.

Der Vorsitzende betont abschließend, dass es sich beim vorliegenden Tagesordnungspunkt nicht um einen endgültigen Umsetzungsbeschluss handelt, sondern um einen Grundsatzbeschluss zur weiteren Prüfung und Ausarbeitung. Ziel ist es, eine fachlich fundierte Entscheidungsgrundlage für ein künftiges ÖPNV Angebot im Verbandsgebiet „Oberes Rheintal“ zu schaffen.

Die Wortmeldungen zeigen insgesamt ein kritisches Bild der aktuellen Linienführung und betonen den Bedarf an Optimierungen im Hinblick auf Taktung, Anschlüsse und Wirtschaftlichkeit. GR Caroline Terzer, MSc, weist darauf hin, dass aufgrund der hohen Kosten Maßnahmen notwendig seien. Sie bezeichnete die derzeitige Situation als unbefriedigend, insbesondere weil Fahrgäste nun in Göfis umsteigen müssen. Aus ihrer Sicht wäre eine Verbindung Göfis, Feldkirch und Rankweil im Halbstundentakt mit guten Umsteigemöglichkeiten in Feldkirch Richtung Frastanz die bessere Lösung.

GR DI Christina Connert betont die Bedeutung einer guten Anbindung an den Zugverkehr. Ohne entsprechende Bahnanschlüsse verliere die Linie aus ihrer Sicht

ihren Nutzen. Zudem weist sie darauf hin, dass die vorliegenden Fahrgastzahlen nicht direkt mit einer optimierten Direktlinie verglichen werden könnten.

GR Ing. Markus Huber, BSc, erläutert, dass die Verbindung in den Abendstunden insbesondere für Fahrgäste aus Frastanz einen guten Nutzen bringe. Bisher hätten sich die Optimierungsmaßnahmen jedoch vor allem auf die Relation nach Rankweil konzentriert und nicht auf Frastanz. Gleichzeitig merkte er an, dass der Badebus nur wenig genutzt werde.

GR Markus Ammann spricht sich dafür aus, verschiedene Varianten sowie deren Kosten genauer zu prüfen, um eine fundierte Entscheidungsgrundlage zu schaffen.

GV DI Sonja Entner hebt die Nachteile des derzeitigen Stundentakts nach Feldkirch hervor. Bei Verspätungen der Busse in Feldkirch könne dies zu Wartezeiten von bis zu einer Stunde führen. Deshalb sei aus ihrer Sicht ein Halbstundentakt deutlich wichtiger als die aktuelle Lösung.

Renate Fischer unterstreicht die Bedeutung zuverlässiger Anschlüsse in den Hauptverkehrszeiten, insbesondere in Richtung Walgau. Insgesamt werde deutlich, dass neben wirtschaftlichen Überlegungen vor allem attraktive Taktzeiten, gute Bahnanschlüsse und eine verlässliche Vernetzung der Linien als entscheidende Erfolgsfaktoren angesehen werden.

Antrag:

Der Bürgermeister stellt in Folge folgenden Antrag:

„Die Gemeindevertretung der Gemeinde Göfis nimmt die vorgelegte Variante eines reduzierten ÖPNV-Angebotes zur Kenntnis und beschließt, diese im Rahmen der weiteren Ausarbeitung eines künftigen Landbus Oberes Rheintal - Gesamtkonzeptes vertieft prüfen zu lassen.

Dies betrifft einerseits eine dichtere Takung der Linie 480 über den ganzen Tag sowie die Überprüfung eines Rundkurses Göfis-Frastanz-Göfis zu den Hauptzeiten sowie der Anbindung an den Bahnverkehr.

Aufgrund des bestehenden Spardrucks der Gemeinde Göfis, aber auch hinsichtlich der schlechten Auslastung von Teilstrecken ist die Reduktion des Angebotes im öffentlichen Verkehr eine notwendige Maßnahme.“

Die Gemeindevertretung stimmt dem Antrag des Bürgermeisters einstimmig zu.

3. Anpassung der Vereinbarungen mit der Fa. Höfle Bautruck GmbH & Co KG auf Grund des geänderten Projektes "Deponie Sigberg"

Die Höfle Bautruck GmbH & Co KG beabsichtigt, die für das Genehmigungsverfahren eingereichten Unterlagen aufgrund der eingegangenen Einwendungen anzupassen. Wesentliche Änderungen des Projekts „Änderungsvorhaben Bodenaushubdeponie Sigberg V3e_Sep2025“ betreffen die Reduzierung der geplanten Einlagerungsmenge von ursprünglich rund 220.000 m^3 auf etwa 170.000 m^3. Damit verbunden sind eine Verkleinerung der beanspruchten Flächen sowie eine Verringerung der vorgesehenen Betriebszeiten.

Die Wortmeldungen drehten sich vor allem um die Frage eines möglichen Mischpreises und das weitere Vorgehen gegenüber der Firma Höfle. Mehrere sehen Potenzial für Nachverhandlungen, da davon ausgegangen wird, dass mehr Material der höherwertigen Schlüsselnummer eingelagert wird als ursprünglich angenommen. Mitglieder der Fraktion Grüne und Parteifreie, Bürgerliste Göfis sprechen sich grundsätzlich für die Prüfung bzw. Verhandlung eines Mischpreises aus, wobei GV DI Sonja Entner auf die große finanzielle Wirkung bereits kleiner Anpassungen hinweist. GR Caroline Terzer, MSc, betont zudem, dass ein Mischpreis einer partnerschaftlichen Lösung entsprechen würde.

Der Bürgermeister zeigt sich hingegen skeptisch hinsichtlich der Erfolgsaussichten weiterer Verhandlungen, da Höfle bereits signalisiert habe, dass dies der letzte Verhandlungsversuch sei.

Vizebürgermeister Matthias Gabriel äußert Bedenken bezüglich der Einschätzung des Materials aus größerer Entfernung.

Markus Ammann befürwortete zwar Verhandlungen, warnt jedoch vor einer Eskalation und stellt die Sicherung des Weiterbetriebs der Deponie in den Vordergrund.

GV Rudi Huber hält zudem fest, dass er die geplanten Einlagerungshöhen im Bereich der Ruine Sigberg nach wie vor kritisch sieht und sich deshalb persönlich gegen das Projekt ausspricht.

Antrag:

Bgm. Thomas Lampert stellt den angepassten Antrag:

Die Gemeindevertretung erklärt ihre grundsätzliche Zustimmung zum Abschluss eines Zusatzes zum Vorvertrag vom 26.07.2023 zwischen der Gemeinde Göfis und der Höfle Bautruck GmbH & Co KG. Die konkrete rechtliche und inhaltliche Ausarbeitung der erforderlichen Vertragsunterlagen, insbesondere des Zusatzvertrages sowie der Vereinbarungen mit den betroffenen privaten Grundeigentümer:innen, soll durch die von der Gemeinde beauftragten Rechtsanwälte auf Basis der bereits im Vorvertrag festgelegten Rahmenbedingungen erfolgen. Eine Änderung der bislang vereinbarten Vertragsinhalte ist damit nicht verbunden.

Die Höfle Bautruck GmbH & Co KG beabsichtigt, die für das Genehmigungsverfahren eingereichten Unterlagen aufgrund der eingegangenen Einwendungen anzupassen. Wesentliche Änderungen des Projekts „Änderungsvorhaben Bodenaushubdeponie Sigberg V3e_Sep2025“ betreffen die Reduzierung der geplanten Einlagerungsmenge von ursprünglich rund 220.000 m^3 auf etwa 170.000 m^3. Damit verbunden sind eine Verkleinerung der beanspruchten Flächen sowie eine Verringerung der vorgesehenen Betriebszeiten.

Die Wortmeldungen drehten sich vor allem um die Frage eines möglichen Mischpreises und das weitere Vorgehen gegenüber der Firma Höfle. Mehrere sehen Potenzial für Nachverhandlungen, da davon ausgegangen wird, dass mehr Material der höherwertigen Schlüsselnummer eingelagert wird als ursprünglich angenommen. Mitglieder der Fraktion Grüne und Parteifreie, Bürgerliste Göfis sprechen sich grundsätzlich für die Prüfung bzw. Verhandlung eines Mischpreises aus, wobei GV DI Sonja Entner auf die große finanzielle Wirkung bereits kleiner Anpassungen hinweist. GR Caroline Terzer, MSc, betont zudem, dass ein Mischpreis einer partnerschaftlichen Lösung entsprechen würde.

Der Bürgermeister zeigt sich hingegen skeptisch hinsichtlich der Erfolgsaussichten weiterer Verhandlungen, da Höfle bereits signalisiert habe, dass dies der letzte Verhandlungsversuch sei.

Vizebürgermeister Matthias Gabriel äußert Bedenken bezüglich der Einschätzung des Materials aus größerer Entfernung.

Markus Ammann befürwortete zwar Verhandlungen, warnt jedoch vor einer Eskalation und stellt die Sicherung des Weiterbetriebs der Deponie in den Vordergrund.

GV Rudi Huber hält zudem fest, dass er die geplanten Einlagerungshöhen im Bereich der Ruine Sigberg nach wie vor kritisch sieht und sich deshalb persönlich gegen das Projekt ausspricht.

Antrag:

Bgm. Thomas Lampert stellt den angepassten Antrag:

Die Gemeindevertretung erklärt ihre grundsätzliche Zustimmung zum Abschluss eines Zusatzes zum Vorvertrag vom 26.07.2023 zwischen der Gemeinde Göfis und der Höfle Bautruck GmbH & Co KG. Die konkrete rechtliche und inhaltliche Ausarbeitung der erforderlichen Vertragsunterlagen, insbesondere des Zusatzvertrages sowie der Vereinbarungen mit den betroffenen privaten Grundeigentümer:innen, soll durch die von der Gemeinde beauftragten Rechtsanwälte auf Basis der bereits im Vorvertrag festgelegten Rahmenbedingungen erfolgen. Eine Änderung der bislang vereinbarten Vertragsinhalte ist damit nicht verbunden.

Der Bürgermeister wird beauftragt, gemeinsam mit dem Rechtsvertreter der Gemeinde die notwendigen Vertragsunterlagen zur Unterzeichnungsreife auszuarbeiten. Vor der Unterzeichnung des Zusatzvertrages hat die Höfle Bautruck GmbH & Co KG sämtliche

erforderlichen privatrechtlichen Zustimmungserklärungen der betroffenen privaten Grundeigentümer:innen nachzuweisen. Nach Klärung und Erledigung aller genannten Voraussetzungen wird der Gemeindevorstand beauftragt, Preisverhandlungen zu führen und gegebenenfalls einen Mischsatz für das Einlagerungsentgelt festlegen und folglich den Zusatzvertrag abschließen.

Die Gemeindevertretung stimmt dem angepassten Antrag von Bgm. Thomas Lampert einstimmig zu.

Die Gemeindevertretung stimmt dem angepassten Antrag von Bgm. Thomas Lampert einstimmig zu.

4. Wiedervorlage: Anpassungen der Bauleitlinien an den verordneten Bebauungsplan

4.1. Beschlussfassung über den Umgang mit PV-Freiflächen bei Bestandsobjekten

Die Obfrau des Ausschusses DI Christina Connert stellt den Antrag, folgende Punkte in einem Unterpunkt „Photovoltaik-Anlagen“ in den Bauleitlinien zu ergänzen:

- Photovoltaikanlagen sollen im Siedlungsgebiet vorrangig auf oder an geeigneten Gebäudeflächen errichtet werden.
- Anlagen auf Satteldächern sollen grundsätzlich nicht aufgeständert werden.
- Freistehende PV-Anlagen werden im Einzelfall beurteilt. Gute Lösungen unterstützen beispielsweise Biodiversität, Artenvielfalt oder ermöglichen eine Doppelnutzung. Sie fügen sich besonders gut ins Landschaftsbild ein und befinden sich nicht im sensiblen Ortsgebiet. Positiv beurteilt werden Vorhaben, die bereits versiegelte Flächen nutzen, Biodiversität und Artenvielfalt unterstützen und sich möglichst gut in das Orts- und Landschaftsbild einfügen. In sensiblen Bereichen ist eine besonders zurückhaltende Gestaltung erforderlich.

Die Gemeindevertretung stimmt den Antrag der GR DI Connert einstimmig zu.

4.2. Beschlussfassung über den Umgang mit Luftwärmepumpen auf Hausdächern bei Bestandsobjekten

Die Obfrau des Ausschusses DI Christina Connert empfiehlt, folgende Punkte in einem Unterpunkt „Luftwärmepumpen bei Bestandsgebäuden“ in den Bauleitlinien zu ergänzen:

Bei Bestandsgebäuden ist eine differenzierte Prüfung möglich.

Mögliche Ausnahmekriterien:

- Keine geeignete Situierung am Grundstück möglich

- Innenaufstellung technisch oder baulich nicht umsetzbar
- Alternative Lösungen wirtschaftlich unverhältnismäßig
- Wesentlicher Beitrag zur Reduktion fossiler Energieträger

Grundsatz: Auch bei Ausnahmen ist größtmögliche Rücksicht auf das Ortsbild zu nehmen; technische Anlagen sind möglichst unauffällig zu integrieren oder abzuschirmen.

GV DI Sonja Entner verweist auf die Empfehlung des Landes, keine abweichenden Regelungen in Form von Leitlinien unterhalb der Ebene eines Bebauungsplans zu verankern. Sie spricht sich dagegen aus, die betreffenden Vorgaben generell in die Leitlinien aufzunehmen, und plädiert dafür, jeden Antrag individuell zu beurteilen. Zudem sieht sie einen Widerspruch zwischen den vorgesehenen Leitlinien und den bestehenden Bestimmungen des Bebauungsplans und regt daher eine genauere Abstimmung der Regelwerke an.

Antrag:

Die Obfrau des Ausschusses DI Christina Connert stellt den Antrag, folgende Punkte in einem Unterpunkt „Luftwärmepumpen bei Bestandsgebäuden“ in den Bauleitlinien zu ergänzen:

Bei Bestandsgebäuden ist eine differenzierte Prüfung möglich.

Mögliche Ausnahmekriterien:
- Keine geeignete Situierung am Grundstück möglich
- Innenaufstellung technisch oder baulich nicht umsetzbar
- Alternative Lösungen wirtschaftlich unverhältnismäßig
- Wesentlicher Beitrag zur Reduktion fossiler Energieträger

Grundsatz: Auch bei Ausnahmen ist größtmögliche Rücksicht auf das Ortsbild zu nehmen; technische Anlagen sind möglichst unauffällig zu integrieren oder abzuschirmen.

Die Gemeindevertretung stimmt dem Antrag der GR DI Connert mit 13 Stimmen zu.

Die 9 Gegenstimmen kommen von der Fraktion Grüne und Parteifreie, Bürgerliste Göfis sowie Vzbgm. Matthias Gabriel und GV Matthias Nussbaumer.

4.3. Beschlussfassung der Bauleitlinien
Antrag:

Die Obfrau des Ausschusses DI Christina Connert stellt den Antrag:

Die Gemeindevertretung beschließt die vorliegenden Anpassungen der Bauleitlinien an den verordneten Bebauungsplan ergänzt um die Punkte „Photovoltaik-Anlagen“ und „Luftwärmepumpen bei Bestandsgebäuden“.

Im Vorfeld soll jedoch noch eine rechtliche Überprüfung der Zulässigkeit durch die Raumplanungsstelle des Landes erfolgen.

Die Gemeindevertretung stimmt dem Antrag der GR DI Connert einstimmig zu.

5. Anträge aus Ausschüssen und Projektgruppen

5.1. AS Umwelt und Mobilität: Beschlussfassung der Umweltförderungen

Der Ausschuss Umwelt und Mobilität hat sich mit der Anpassung der Umweltförderungen befasst.

Antrag:

Bgm. Thomas Lampert stellt den Antrag, die Umweltförderungen wie folgt ab 1. Jänner 2027 anzupassen:

Die Gemeinde richtet ihre Förderungen ab dem Jahr 2027 neu aus und setzt dabei verstärkt auf Maßnahmen in den Bereichen Energieeffizienz, Klimaanpassung, nachhaltige Mobilität und Biodiversität. Gleichzeitig werden die bisherigen Förderungen für **Photovoltaikanlagen**, **thermische Solaranlagen** sowie die **Klimaticket-Förderung für Studierende** mit Ende des Jahres 2026 eingestellt.

Neu gefördert wird die **Nachrüstung von Batteriespeichern** bei bestehenden Photovoltaikanlagen. Die Unterstützung beträgt 50 Euro pro Kilowattstunde Speicherkapazität, maximal jedoch 500 Euro. Voraussetzung ist die fachgerechte Installation und Inbetriebnahme durch ein konzessioniertes Unternehmen sowie die Einhaltung der technischen Anforderungen hinsichtlich Steuerbarkeit und Netzdienlichkeit. Nicht förderfähig sind Balkonkraftwerke, steckerfertige Batteriespeicher, bereits vor 2027 installierte Speicher, Erweiterungen bestehender Anlagen sowie gewerblich genutzte Systeme.

Zur Unterstützung eines nachhaltigen Umgangs mit Niederschlagswasser fördert die Gemeinde außerdem die **Errichtung von Regenwasser-Rückhaltespeichern** mit 50 Prozent der anfallenden Kosten, bis zu einem Höchstbetrag von 500 Euro.

Im Bereich der klimafreundlichen Mobilität werden künftig auch **Fahrradanhänger** und **Lastenfahrräder** gefördert. Beim Kauf in einem regionalen Fachgeschäft beträgt die Förderung 50 Euro für Fahrradanhänger und 350 Euro für Lastenfahrräder.

Einen weiteren Schwerpunkt bildet die Förderung der Artenvielfalt im Siedlungsraum. Die **Pflanzung heimischer Hochstammbäume** wird mit 200 Euro pro Baum unterstützt. Die Förderung ist auf zwei Bäume pro Haushalt begrenzt.

Auch die energetische Sanierung bestehender Gebäude wird weiterhin begleitet. Für die **Potentialberatung Altbau** durch das Energieinstitut übernimmt die Gemeinde einen

Förderbeitrag von 600 Euro. Darüber hinaus beteiligt sich das Energieinstitut mit weiteren 800 Euro, sodass für die Teilnehmenden ein Selbstbehalt von 800 Euro verbleibt.

Wer sich unabhängig zu Energiefragen informieren möchte, kann zudem die **Energiesprechstunde** in Anspruch nehmen. Die Gemeinde übernimmt dabei die Kosten für eine Beratung von bis zu einer Stunde.

Vereine werden ebenfalls bei nachhaltigen Mobilitätsangeboten unterstützt. Für **Zusatzverkehr zu Göfner Vereinsveranstaltungen** übernimmt die Gemeinde 50 Prozent der Kosten bis zu einem Höchstbetrag von 3.000 Euro. Darüber hinaus wird die Bewerbung solcher Angebote über Busscreens mit 50 Prozent der Kosten, maximal 200 Euro, gefördert.

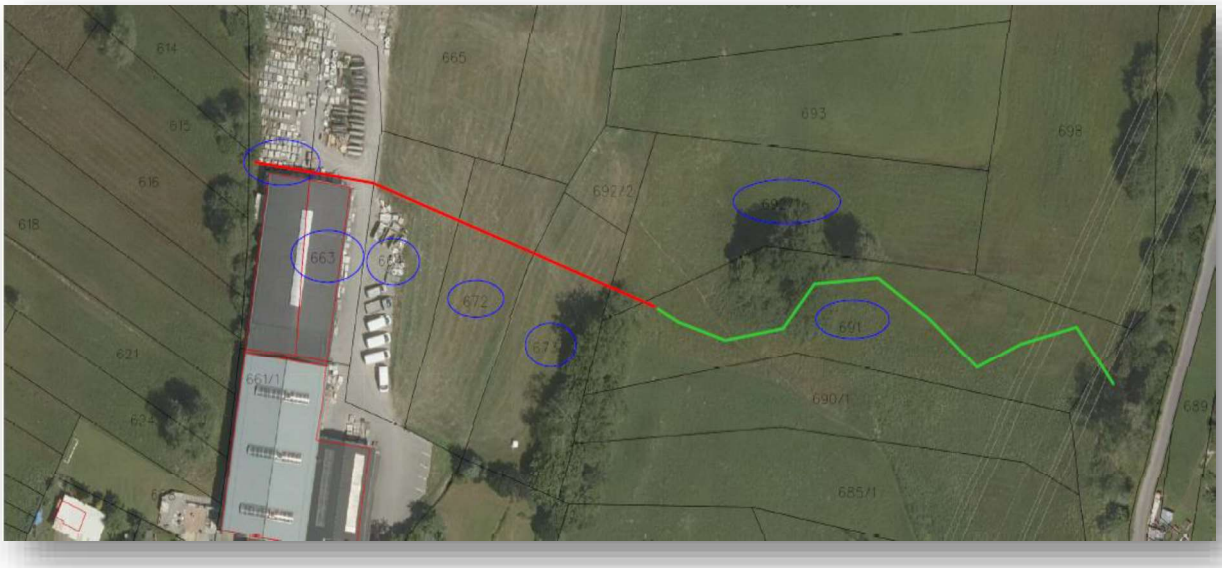
Mit der Neuausrichtung des Förderprogramms setzt die Gemeinde gezielte Impulse für den Klimaschutz, eine ressourcenschonende Lebensweise und eine hohe Lebensqualität in Göfis.

Die Gemeindevertretung stimmt dem Antrag des Bürgermeisters einstimmig zu.

5.2. AS Land- und Forstwirtschaft: Grundsatzbeschluss über die Einleitung einer Projektierung des Hochwasserschutzprojektes "Hochried"

Antrag

GR Ing. Markus Huber, BSc, stellt den Antrag:



Die Gemeindevertretung begrüßt grundsätzliche die Durchführung eines Hochwasserschutzprojektes Hochried und beauftragt das Bauamt Vorderland mit der Ausschreibung der Projektierung.

Die Gemeindevertretung stimmt dem Antrag des GR Ing. Huber, BSc, einstimmig zu.

6. Beschlüsse über Ausnahmen nach Raumplanungsgesetz oder dem Bebauungsplan

6.1. Ausnahme nach §35 RPG - Flucher/Müller, GSt.Nr. 3411/1, Etzeacker 12

GR Ing. Markus Huber, BSc, erklärt sich für diesen Tagesordnungspunkt als befangen und nimmt weder an der Beratung noch an der Abstimmung teil.

Tanja Müller-Flucher und Jürgen Müller , Altenreuteweg 7b/Top 20, 6800 Feldkirch, planen die Errichtung eines Einfamilienwohnhauses mit Doppelgarage und Loggia auf dem Gst-Nr 3411/1, Etzeacker 12.

Im Zuge des Ermittlungsverfahrens wurde festgestellt, dass die Bestimmungen des Bebauungsplanes der Gemeinde Göfis nicht eingehalten werden.
Für die vorgenannte Liegenschaft wurde das Maß der baulichen Nutzung wie folgt festgelegt:
BNZ 40 | GZ 3,0
Durch das geplante Bauvorhaben würde sich das Maß der baulichen Nutzung wie folgt erhöhen: BNZ 54

Mit Antrag vom 30.06.2026 wurde eine Ausnahme vom Bebauungsplan der Gemeinde Göfis vom 11.09.2025, i.d.g.F., über die Festsetzung des Maßes der baulichen Nutzung betreffend der Überschreitung der Baunutzungszahl (BNZ 54 anstatt 40) beantragt.

Gemäß § 35 Abs. 2 i.V.m. Abs. 3 Raumplanungsgesetz, LGBl.Nr. 39/1996, i.d.g.F., kann die Gemeindevertretung, auf Antrag des Grundeigentümers, Ausnahmen von der oben genannten Verordnung bewilligen, wenn sie den Zielen der der von der Ausnahme betroffenen Verordnungen, den im § 2 Raumplanungsgesetz, LGBl.Nr. 39/1996, i.d.g.F., genannten Raumplanungszielen, einem Landesraumplan und dem räumlichen Entwicklungskonzept nicht entgegenstehen. Vor Erteilung der Ausnahmebewilligung sind die Nachbarn i.S.d. Baugesetzes, LGBl.Nr. 52/2001, i.d.g.F., zu hören.

Das Bauprojekt erlangte vom Gestaltungsbeirat insgesamt 16 Bonuspunkte.

Antrag:

Bgm. Thomas Lampert stellt den Antrag, für das bezeichnete Bauprojekt eine Ausnahme von der Verordnung über das Maß der baulichen Nutzung mit einer BNZ von 54 aufgrund der gewährten Bonuspunkte und unter der Bedingung, dass im Rahmen der Anhörung keine Stellungnahmen einlangen, zu gewähren.

Die Gemeindevertretung stimmt dem Antrag des Bürgermeisters einstimmig zu.

7. Vorlage einer Anfrage der Initiative SOS Walgau über eine mögliche Durchführung einer Volksbefragung zur geplanten Müllverbrennungsanlage der Ganahl AG (Rondo)

Die Initiative SOS Walgau hat die Gemeinde Göfis ersucht, eine Volksbefragung zur geplanten Müllmitverbrennungsanlage der Ganahl AG (Rondo) zu beantragen. Begründet wird dies damit, dass die Gemeindevertretung dem Projekt bereits eine ablehnende Haltung entgegengebracht habe und dieser Standpunkt durch ein direktes Votum der Bevölkerung zusätzlich bestätigt werden sollte. Aus Sicht der Initiative dient das laufende UVP-Verfahren lediglich der Prüfung der Genehmigungsfähigkeit des Vorhabens, nicht jedoch der gesellschaftlichen Akzeptanz. Daher wird eine Volksbefragung noch vor dem UVP-Bescheid gefordert. Andernfalls behält sich die Initiative vor, eigene demokratische Schritte zu prüfen.

Rechtlich wäre die Durchführung einer Volksbefragung grundsätzlich möglich. Die einschlägigen Bestimmungen des Gemeindegesetzes und des Landesvolksabstimmungsgesetzes sehen jedoch vor, dass deren Ergebnis rechtlich nicht bindend ist und lediglich als Meinungsbild der Bevölkerung dient. Eine Volksbefragung könnte durch einen einfachen Beschluss der Gemeindevertretung eingeleitet werden; alternativ wäre auch eine Bürgerinitiative mit der erforderlichen Anzahl an Unterstützungserklärungen möglich. Die Kosten einer solchen Befragung werden auf etwa 5.000 bis 10.000 Euro geschätzt.

Im bisherigen Verfahren hat die Gemeinde Göfis bereits umfassend von ihren rechtlichen Möglichkeiten Gebrauch gemacht. Die Gemeindevertretung hat einstimmig eine ablehnende Stellungnahme zum Projekt beschlossen. Darüber hinaus wurden im UVP-Verfahren formelle Einwendungen erhoben und die Parteistellung gemäß § 19 UVP-G wahrgenommen. Zur rechtlichen Vertretung wurde die Kanzlei Blum, Hagen & Partner beauftragt. Inhaltlich beziehen sich die Einwendungen insbesondere auf mögliche Auswirkungen auf die Gesundheit der Bevölkerung, den Schutz des Trinkwassers im Bereich Schildried, Belastungen durch Lärm und Geruch, die zu erwartenden Verkehrsauswirkungen, die Einhaltung des BAT-Standards sowie eine aus Sicht der Gemeinde bestehende Überdimensionierung der Anlage.

Der Bürgermeister beurteilt die Forderung nach einer Volksbefragung kritisch, da die Gemeindevertretung ihre ablehnende Haltung bereits klar zum Ausdruck gebracht und alle derzeit zur Verfügung stehenden rechtlichen und verfahrensrechtlichen Schritte gesetzt habe. Auch innerhalb der Gemeindevertretung wurde darauf hingewiesen, dass die Gemeinde aufgrund ihrer Parteistellung aktiv am Verfahren beteiligt sei und daher derzeit kein zusätzlicher Handlungsbedarf bestehe. Gleichzeitig wurde betont, dass eine Volksbefragung als Instrument der direkten Demokratie grundsätzlich ein geeignetes Mittel sei, um den Willen der Bevölkerung festzustellen. Ein solcher Schritt könnte jedoch erst dann sinnvoll sein, wenn sich die Gemeindevertretung künftig aus dem Verfahren zurückziehen oder von einer weiteren aktiven Interessenvertretung Abstand nehmen sollte. In diesem Fall könnte eine Volksbefragung klären, ob ein solcher Kurswechsel tatsächlich dem Willen der Bevölkerung entspricht.

Antrag:

Bgm. Thomas Lampert stellt den Antrag:

„Die Gemeindevertretung lehnt den Antrag ab, da die Gemeinde im bisherigen Verfahren bereits sämtliche zur Verfügung stehenden rechtlichen und verfahrensrechtlichen Möglichkeiten ausgeschöpft hat. So wurde von der Gemeindevertretung bereits eine einstimmig ablehnende Stellungnahme zum Vorhaben abgegeben. Darüber hinaus hat die Gemeinde im UVP-Verfahren formelle Einwendungen erhoben und dabei ihre Parteistellung gemäß § 19 UVP-G wahrgenommen. Zur Wahrung ihrer Interessen wurde zudem die Kanzlei Blum, Hagen & Partner mit der rechtlichen Vertretung beauftragt. Die eingebrachten Einwendungen betreffen insbesondere die Auswirkungen auf die Gesundheit der Bevölkerung, den Schutz des Trinkwassers im Bereich Schildried, mögliche Belastungen durch Lärm und Geruch, die verkehrlichen Auswirkungen des Projekts, die Einhaltung des BAT-Standards (Best Available Techniques) sowie die aus Sicht der Gemeinde bestehende Überdimensionierung des Vorhabens. Daher wird kein weiterer Handlungsbedarf gesehen."

Die Gemeindevertretung stimmt dem Antrag des Bürgermeisters einstimmig zu.

8. Rahmenvereinbarung mit dem Sportclub Göfis über die Nutzung des Sporthaus Hofen

Die Gemeinde hat gemeinsam mit dem Sportclub eine Rahmenvereinbarung über die Nutzung des Sporthauses Hofen erarbeitet. Seitens der Ausschusses Finanzen und Ressourcen erfolgte eine Empfehlung zur Beschlussfassung der vorliegenden Rahmenvereinbarung.

Antrag

Bgm. Thomas Lampert stellt daher den Antrag, die vorliegende Rahmenvereinbarung, mit nachfolgenden Positionen zu beschließen:

Kostenstelle	**Anmerkung / Grundlage**	**Gemeinde**	**Sportclub**
Bewässerung Sportplätze	Ausschließlich Nutzung Sportbetrieb	100 %	0 %
Reinigung Umkleide Schiedsrichter, Mannschaftskabinen 3+4, 5+6	Gemeinde trägt Grundreinigung	100 %	0 %
Reinigung Sanitär / WC (inkl. Behinderten-WC)	Öffentliche Nutzung durch Gemeinde gewährleistet	100 %	0 %
Reinigung Umkleide Mannschaftskabinen 1+2	Ausschließlich SC-Nutzung	0 %	100 %

Reinigung Clubheim	Ausschließlich SC-Nutzung	0 %	100 %
Betriebskosten: Heizung, Lüftung, Technik, Gebäudeversicherung, Wasser, Kanal, Wartungen, etc.	Aufteilung nach Flächenverhältnis (PV-Eigenstrom wird nicht verrechnet)	78 %	22 %
Wartung Kühlanlagen Clubheim	Ausschließlich SC-Nutzung	0 %	100 %
Strom (Subzähler Clubheim)	Eigener Zähler für Clubheim-Betrieb	0 %	100 %
Entsorgung / Müll	Abrechnung je Veranstaltung	jeweiliger Veranstalter	jeweiliger Veranstalter
Außenbereich / Grünflächen	Pflege durch Gemeinde; Nachsorge nach VA durch Veranstalter	jeweiliger Veranstalter	jeweiliger Veranstalter

Die Gemeindevertretung stimmt dem Antrag des Bürgermeisters einstimmig zu.

9. Genehmigung der 9. Niederschrift vom 16. April 2026

Vzbgm. Matthias Gabriel bringt zu Kenntnis, dass er vom Kassier der Jamalpe in Erfahrung bringen konnte, dass in der Abrechnung ein Schreibfehler enthalten war und stellt den Antrag, den Tagesordnungspunkt 6 wie folgt zu ergänzen: „Der Endbestand ist: 130,59 EUR (Saldo laut dem Bankkonto). In dem Abrechnungsformular ist somit der Wert 98,38 EUR in der Excel Zeile 15 "Girokonto bzw. Summe Girokonten" nicht korrekt = richtig ist, 130,59 EUR. Damit löst sich dann auch automatisch die Differenz in der Excel Zeile 67 "Differenz" auf (aktuell -32,20 EUR).“

Antrag

Bgm. Thomas Lampert stellt den Antrag, die Niederschrift der 9. Sitzung vom 16. April 2026 mit der Korrektur des TOP 6 zu genehmigen.

Die Gemeindevertretung stimmt dem Antrag des Bürgermeisters einstimmig zu.

10. Allfälliges

Der Obmann des Ausschusses Land- und Forstwirtschaft, GR Ing. Markus Huber, BSc, informiert, dass Rainer Caminades mit dem neuen Förster in der Forstbetriebsgemeinschaft, Adrian Berchtold, eine Waldbegehung durchführe.

Vzbgm. Matthias Gabriel weist auf Probleme bei der Öffnung des Notausgangs bei der Sporthalle hin.

Bgm. Thomas Lampert berichtet,

dass die bugo Bücherei Göfis von der Wüstenrot Stiftung von insgesamt 811 Einreichungen aus Deutschland, Österreich und der Schweiz als eines der 21 Projekte eine Auszeichnung erhielt. Das bugo wurde als vorbildlicher „Dritter Ort" ausgezeichnet. Bibliothek, Café und Kulturangebote schaffen einen offenen Treffpunkt für alle Generationen und stärken den Zusammenhalt im Dorf.

dass die vom Bundesministerium initiierte Exkursion zur Orts- und Zentrumsbelebung Fachleute nach Vorarlberg führte. In Göfis präsentierten Bürgermeister Thomas Lampert und Gemeindesekretär Rudi Malin innovative Projekte wie „bugo", „Schauplatz Obst & Garten" und den neuen Bebauungsplan. Die Gemeinde beeindruckte als Vorbild nachhaltiger Ortsentwicklung.

Ende der Sitzung: 21:50 Uhr.

Bgm. Thomas Lampert, Vorsitzender

Rudi Malin, Schriftführer